

Der Bezirksbürgermeister**Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)**

Geschäftsführung
Frau Brohl

Telefon: (0221) 221-91709
E-Mail: Andrea.brohl@stadt-koeln.de

Datum: 20.12.2022

Niederschrift

über die **16. Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt** in der Wahlperiode 2020/2025 am Donnerstag, dem 01.12.2022, 16:07 Uhr bis 21:32 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend:**Mitglieder der Bezirksvertretung**

Herr Bezirksbürgermeister Andreas Hupke	GRÜNE
Frau Antje Kosubek	GRÜNE
Herr Günter Leitner	CDU
Herr Alicem Polat	SPD
Frau Julie Cazier	GRÜNE
Herr Ismail Arabaci	GRÜNE
Herr Stefan Fischer	GRÜNE
Herr Dr. Martin Herrndorf	GRÜNE
Frau Mildred Utku	GRÜNE
Herr Klaus Vinçon	GRÜNE
Herr Tim Cremer	SPD
Frau Dr. Regina Börschel	SPD
Herr Mario Schmitz	CDU
Herr Michael Scheffer	DIE LINKE.
Frau Gunda Wienke	DIE LINKE.
Herr Christian Nüsser	FDP
Herr Emanuel Florakis	KLIMA FREUNDE
Frau Sabine Kader	Die PARTEI

Ratsmitglieder mit beratender Stimme, § 36 Abs. 6 Satz 1 Gemeindeordnung NRW

Herr Florian Weber CDU

Verwaltung

Herr Dr. Ulrich Höver

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Frau Maria Flöge-Becker

Schriftführerin

Frau Andrea Brohl

Presse**Zuschauer**

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Frau Simone-Chantal Büttgenbach CDU

Ratsmitglieder mit beratender Stimme, § 36 Abs. 6 Satz 1 Gemeindeordnung NRW

Herr Ulrich Breite	FDP
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Maria Helmis	SPD
Herr Manuel Jeschka	Volt
Frau Derya Karadag	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Herr Lukas Lorenz	SPD
Herr Dr. David Lutz	GRÜNE
Herr Dirk Michel	CDU
Herr Floris Rudolph	GRÜNE
Frau Stefanie Ruffen	FDP
Frau Sandra Schneeloch	GRÜNE
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE
Herr Ralph Sterck	FDP
Herr Artur Tybussek	CDU

Gäste

Frau Ute Palm auf Vorschlag Arbeitskreises Barrierefreies Köln

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, begrüßt alle Anwesenden, Bürger, Presse, Verwaltung, Seniorenvertretung, Ratsmitglieder und BV-Mitglieder. Er gratuliert Herrn Nüsser, FDP, zum Geburtstag. Er stellt den fristgerechten Eingang der Einladung zur heutigen Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt fest. Die aktualisierte Tagesordnung liegt den Mitgliedern der Bezirksvertretung vor und ist im Ratsinformationssystem öffentlich einsehbar.

Herr Leitner, CDU, meldet zu TOP 3.7 Beratungsbedarf an. Er bittet TOP 5.2.5 mit der Maßgabe zu schieben einen Ortstermin und ein Fachgespräch durchzuführen.

Herr Cremer, SPD, unterstützt den Vertagungsantrag zu TOP 5.2.5.

Auf Bitte von Herrn Hupke weist Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, darauf hin, dass das Fachamt bei Beschluss des Änderungsantrages TOP 3.7.1 StEA und Rat bitten würde, nicht wie die Bezirksvertretung zu beschließen, weil die Fahrbahnrichtung nicht Gegenstand eines Bebauungsplanverfahrens sei. Zudem werde auf der Quartiersstraße eine Buslinie in beide Richtungen geplant, durch den so entstehenden Querschnitt sei die Gefahr überhöhter Geschwindigkeiten in einer Einbahnstraße größer als im Zweirichtungsverkehr. Es wird empfohlen, einen Prüfauftrag zu beschließen. Daraus schließt er, dass zur Ausschusssitzung von Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss eine Empfehlung der Bezirksvertretung vorliegen solle.

Herr Hupke plädiert dafür TOP 3.7 nicht zu schieben, da die Bezirksvertretung dann ihr Anhörungsrecht abgebe und lässt über den Antrag auf Verschiebung abstimmen:

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich mit den Stimmen von Grüne, SPD, Die Linke, FDP und Klima-Freunde gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.

Herr Hupke lässt über das Rederecht von Herrn Köhne (IHK), Frau Dellhofen (Bürgervereinigung Deutz), Herrn Watteler (Deutz familienfreundlich), Frau Freeman (Bürgerinitiative (Deutzer) Autofreiheit), Herrn Bayer (Gastronom) abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

Herr Hupke schlägt als Stimmzähler Herr Fischer, Herr Polat und Frau Wienke.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

Herr Dr. Höver weist auf die formalen Grundlagen zur Aktuellen Stunde laut § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen hin.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 **Einwohnerfragestunde / Aktuelle Stunde / Vortrag zu aktuellem Thema**

- 1.1 Aktuelle Stunde BAN, Antrag Die Linke und CDU - wurde zurückgezogen
- 1.2 Aktuelle Stunde Nachlese 11.11. // Quartier Latäng/ Zülpicher Straße, Antrag Grüne
- 1.3 Aktuelle Stunde Autofreie Deutzer Freiheit, Antrag CDU

2 **Benennung von Bezirksvertretern/innen als Stimmzähler/innen**

3 **Verwaltungsvorlagen**

- 3.1 Fortschreibung Einzelhandels- und Zentrenkonzept Köln (EHZK)
1538/2020/1
- 3.2 Anpassung Nutzungskonzept für die zentralen Innenstadtplätze für den Zeitraum 01.01. -
31.12.2023
3071/2022
- 3.3 MITTEILUNG - Planfeststellungsbeschlüsse für die Erneuerung der Bauwerke D und E der Ei-
senbahnüberführung Deutz-Mülheimer Straße
- 3.4 Baubeschluss für den Neubau von vier stationären Verschlusseinrichtungen für den Hochwas-
erschutz von Stadtbahnanlagen in der Kölner Innenstadt
0471/2022
- 3.5 Vergabe von bezirksorientierte Mittel und Mitteln zur Kulturförderung für den Stadtbezirk Innen-
stadt, 2022 Teil III b
3848/2022
- 3.6 Fortschreibung des 2. Maßnahmenpakets für Schulbauprojekte - Neubau / Erweiterung / Gene-
ralsanierung von Schulgebäuden durch Total- oder Generalunternehmer der Beschlussvorlage
1474/2020
1356/2022
- 3.7 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-
Entwurf Nr. 68439/03; Arbeitstitel: Deutzer Hafen – Teilplan Infrastruktur und Planungsbe-
schluss über die für die innere und äußere Erschließung notwendigen verkehrlichen Maßnah-
men
3195/2022
Sammelumdruck
- 3.7.1 Einbahnstraßen im Quartier - ÄA zu 'Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss
betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 68439/03', Änderungsantrag Grüne zu 3195/2022
AN/2257/2022

- 3.8 Sanierung des NIKE Court, des Asphalttennisplatzes im Inneren Grüngürtel sowie des Asphaltplatzes an der Alfred-Schütte-Allee
2890/2022
- 3.8.1 Änderungsantrag zu Beschlussvorlage 2890/2022, Die Partei
AN/2239/2022
- 4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Fahrradrampe Severinsbrücke (Az.: 02-1600-122-22)
2638/2022
Ortstermin muss noch terminiert werden.
- 4.2 Bürgereingabe nach § 24 GO - Verkehrsversuch Deutzer Freiheit (Az. 186/22)
3919/2022
- 5 Anträge der Fraktionen und Einzelmandatsträger gemäß § 37 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Entscheidungs- und Anhörungsrechte)**
- 5.1 Anträge aus früheren Sitzungen
- 5.1.1 Mehr umsteigefreie Busverbindungen zum Hauptbahnhof, Antrag FDP
AN/1068/2022
- 5.2 Anträge zu dieser Sitzung
- 5.2.1 Genehmigung des Dringlichkeitsantrags: Kulturgut für Köln erhalten – die vier historischen Rathausteppiche retten!, gem. Dringlichkeitsantrag Grüne, CDU, SPD, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei
AN/2079/2022
- 5.2.1.1 Kulturgut für Köln erhalten – die vier historischen Rathausteppiche retten!, Antrag SPD- für den KUK
AN/2105/2022
- 5.2.2 Schutz von Geh- und Radweg Aachener Straße / Ecke Moltkestraße, Antrag Grüne
AN/2062/2022
- 5.2.3 Toilettenanlage im Klingelpützpark, Antrag SPD
AN/2057/2022
- 5.2.4 Größere Mülleimer an intensiv genutzten Orten, insb. Uniwiese, Deutzer Werft, Römerpark,
Antrag Grüne
AN/2068/2022
- 5.2.5 Neues Konzept für den öffentlichen Raum und eine resiliente Stadt in der Altstadt Nord, gem.
Antrag Grüne, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei
AN/2063/2022
- 5.2.6 Anpassung Beschilderung und Ladezonen Apostelstraße / Gertrudenstraße, gem. Antrag,
Grüne, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei
AN/2071/2022

- 5.2.7 Aufstellung einer Sozialen Erhaltungssatzung gemäß für das Gebiet Griechenmarktviertel, gem. Antrag Grüne, CDU, SPD, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei
AN/2089/2022
- 5.2.8 Ertüchtigung der Brückengeländer zweier Fuß- und Radbrücken (Alarichstraße, Wissener Weg) sowie die Modernisierung der Fahrradschienen an den Treppenwerken der Südbrücke, Antrag Grüne
AN/2078/2022
- 5.2.9 Wiedereinführung der Bezirksbeigeordneten, gem. Antrag FDP, SPD und Die Linke
AN/2092/2022
- 5.2.10 Mehr Sichtbarkeit und alternative Querung der Baustelle Gleiswechselbauwerks am Waidmarkt, Verbesserung der Umleitung, Antrag Grüne
AN/2088/2022

6 Anfragen der Fraktionen und Einzelvertreter

- 6.1 Anfragen aus früheren Sitzungen
 - 6.1.1 Ruhestörung in der Rubensstraße, Anfrage SPD
AN/1831/2022
 - 6.1.2 Sachstand Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Südstadt: Eburonenstraße / Maternusstraße, Anfrage Grüne
AN/1836/2022
 - 6.1.3 Bildungslandschaft Altstadt Nord - Renovierungsarbeiten, Antrag CDU
AN/1821/2022
 - 6.1.4 Historische Wasserpumpe auf dem Alter Markt, Anfrage CDU
AN/1822/2022
 - 6.1.5 Anfrage zu Waffenverbotszonen, Anfrage FDP
AN/1849/2022
 - 6.1.5.1 Anfrage zu Waffenverbotszonen
Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion in der BV 1 (AN/1849/2022)
3887/2022
- 6.2 Anfragen zu dieser Sitzung
 - 6.2.1 Regeln für Gehwegbreiten, gem. Anfrage Die Linke und KlimaFreund
AN/1967/2022
 - 6.2.2 Erhaltungssatzung Neustadt Süd-West, Anfrage Die Linke
AN/1969/2022
 - 6.2.2.1 Beantwortung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE „Erhaltungssatzung Neustadt Süd-West“,
AN/1969/2022
4113/2022

- 6.2.3 Ersatzfreiheitsstrafen aufgrund des Fahrens ohne Fahrscheins, Anfrage Grüne
AN/2205/2022
- 6.2.4 Veräußerung historischer Gegenstände, Anfrage SPD im KUK
AN/2196/2022
- 6.2.4.1 Beantwortung der Anfrage AN/2196/2022
Veräußerung historischer Gegenstände
4077/2022
- 7 Mündliche Fragen an die Verwaltung**
- 8 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters**
- 9 Mitteilungen der Verwaltung**
- 9.1 Stadtraumforschung im Domumfeld
2875/2022
- 9.2 Baulicher Zustand der Lehrschwimmbecken in Köln
2696/2022
- 9.3 Änderungen zum Fahrplanwechsel 2022 (Fahrplanjahr 2023)
2882/2022
- 9.4 Passierbare Umlaufsperrern
hier: Beschluss des Verkehrsausschusses in der Sitzung am 15.02.2022, TOP 1.1
3338/2022
- 9.5 KOMM-AN NRW – Landesprogramm zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements bei der
Integration von neueingewanderten Menschen in den Kommunen - Sachstandsbericht 2022
3535/2022
- 9.6 Weitere Planung der Kinder- und Jugendpartizipation in Köln
3780/2022
- 9.7 Sachstandsbericht zum Interimsschulstandort Venloer Wall - zu AN/1176/2022, Dringlichkeits-
antrag, Venloer Wall, Die Linke
3493/2022
- 9.8 Elternbefragung "von4nach5" 2022
3488/2022
- 9.9 Zweiter Sachstandsbericht zur Unterbringung und Betreuung von aus der Ukraine Geflüchteten
3795/2022
- 9.10 Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - Verkehrsführung Altenberger Straße, Az.: 80/22
3940/2022
- 9.11 Entfall der Busparkplätze zwischen Bastei und Zoobrücke
3676/2022

- 9.12 Weiteres Bevölkerungswachstum in Köln bis zum Jahr 2050
Bevölkerungsprognose für Köln 2022 bis 2050 – mit kleinräumigen Berechnungen bis 2035
3926/2022
- 9.13 MITTEILUNG - Planfeststellungsbeschlüsse für die Erneuerung der Bauwerke D und E der Eisenbahnüberführung Deutz-Mülheimer Straße
3572/2022
- 9.14 Rückblick zur Sessionseröffnung am 11.11.2022
4066/2022
- 9.15 Leitbild für die Handelslagen Hohe Str./Schildergasse und Umfeld in der Innenstadt
Hier: Abschlussbericht und Information über den Förderbescheid zum Projekt „City-Netzwerkarbeit“
3921/2022
- 9.16 Einrichtung einer Einbahnstraße und Neuordnung des Parkens in der Eburonenstraße
4129/2022

II. Nichtöffentlicher Teil

1 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

2 Verwaltungsvorlagen

3 Mitteilungen der Verwaltung

4 Bericht aus den Beiräten

4.1 Bericht aus dem Gestaltungsbeirat

4.2 Bericht aus dem Kunstbeirat

5 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde / Aktuelle Stunde / Vortrag zu aktuellem Thema

1.1 Aktuelle Stunde BAN, Antrag Die Linke und CDU - wurde zurückgezogen

1.2 Aktuelle Stunde Nachlese 11.11. // Kwartier Latäng/ Zülpicher Straße, Antrag Grüne

Herr Vinçon, Grüne, erklärt, dass sich die Bezirksvertretung über den aktuellen Sachstand der Evaluation des Sicherheitskonzeptes austauschen und über die weiteren Planungen der Fachverwaltung für die Karnevalstage 2023 unterrichtet werden möchte.

Frau Hammerich und Herr Schmaul, beide Amt für öffentliche Ordnung, weisen auf die vorliegende Stellungnahme der Fachverwaltung (TOP 9.14) hin. Sie danken allen Beteiligten für die sehr gute Arbeit. Der Anwohnerschutz im inneren Bereich und die Personenleitung hätten grundsätzlich gut funktioniert. Nicht glücklich gelaufen sei die Vermüllung im Grüngürtel, hier habe es aufgrund der Absperrungen zur Personenleitung an Flächen gefehlt. In diesem Jahr seien die Menschen besser ansprechbar, nicht so stark alkoholisiert und weniger aggressiv gewesen. Auch in der Mitteilung sei eine ergebnisoffene Prüfung zu einer Ausweichfläche zugesagt worden, zu der die Verwaltung zeitnah einen Vorschlag machen werde. Es könne heute noch kein neues Konzept vorgelegt werden. In der nächsten Woche finde der Runde Tisch Karneval nochmals statt, wo dies auch nochmals mit allen Beteiligten diskutiert werde.

Herr Cremer, SPD, weist darauf hin, dass auch gesellschaftspolitische Probleme zu der Situation beitragen, daher soll man auch an die Eltern appellieren, auf die Kinder einzuwirken. Er kritisiert, dass die Parteien der Bezirksvertretung nicht im Runden Tisch Karneval vertreten sind. Bis Weiberfastnacht müsse ein Konzept stehen zu dem die SPD gerne Vorschläge machen würde. Es sei nicht im Sinne der Feiern den sie weiter nach außen in den Grüngürtel zu drängen.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, erklärt dass er an dem Runden Tisch Karneval teilnehmen dürfe. Er führt aus, dass es nicht sein könne, dass morgens um 8 Uhr 14jährige schon betrunken herumlaufen. Er appelliert daran, dass der Rat und alle Fraktionen ins Boot müssen.

Herr Scheffer, Die Linke, bittet eindringlich die rechtlichen Hürden eines Alkoholverkaufsverbotes zu prüfen und auszureizen und die Beschlüsse der BV 1 und BV 3 einzuhalten, keine Veranstaltungen im Grüngürtel durchzuführen. Er erinnert daran, dass am 11.11.2020 kommuniziert wurde, dass in Köln nicht gefeiert werde und dies funktioniert habe.

Frau Hammerich wünscht sich von der Politik die Unterstützung beim Land für ein Alkoholverbot. Es sei versucht worden, die Beschlüsse der Bezirksvertretungen, den Grüngürtel zu schützen, einzuhalten, doch gerade diese seien – auch nach Bewertung der Polizei - Teil des Problems gewesen. Ganz wichtig sei, den Bahnverkehr beim nächsten Mal sicherzustellen.

Herr Floriakis, KlimaFreunde, weist darauf hin, dass lauter Jugendliche alleine unter sich gefeiert hätten. Er habe Karneval früher als dezentral funktionierend erlebt, wo es überall etwas zu entdecken gab. Er sehe das Problem darin, dass es jetzt nur noch eine Attraktion gebe. Auch bei den Karnevalsvereinen liege eine gewisse Verantwortung ein neues Angebot zu finden, um eine bessere Verteilung zu erreichen.

Frau Dr. Börschel, SPD, hält es für immens wichtig, dass die Mobilität mit KVB und Bahn auch an diesen Tagen erhalten bleiben muss und bittet dies in den Konzepten zu berücksichtigen.

Herr Leitner, CDU, merkt an, dass dem Viertel ein Stückweit seine Identität verloren gegangen sei und daran gearbeitet werden sollte, etwas zu finden. Dies sei die größte Aufgabe. Bei Weiberfastnacht werde man erleben, dass sich der Karneval diesen Raum ein Stück zurückhole. Die Korpsgesellschaften werden ins Viertel einziehen und zeigen, dass dies auch ein Stück Karneval sei. Er bittet bei den Planungen zum 11.11.2023 die Fragen in den Fokus zu stellen, wie man dem Viertel eine Feieridentität geben könne und welche Veranstaltungen geplant werden könnten.

Frau Kosubek, Grüne, berichtet, dass nach dem 11.11.2022 von der AWB 100 Tonnen Abfall aus dem Grüngürtel eingesammelt wurden. Es sei kein marginales, sondern ein großes Problem. Dass der Grüngürtel überhaupt zur Diskussion stehe, sei unfassbar. Man müsse Verantwortung gegenüber den Men-

schen die dort wohnen zeigen. Sie gibt zu bedenken, dass Schul- und Veedelszoch sowie Rosenmontagszug nächstes Jahr in der Südstadt enden und hofft, dass man darauf gut vorbereitet sei.

Frau Wienke, Die Linke, weist darauf hin, dass der 11.11. ein normaler Arbeits- und Schultag sei. Düsseldorf, Bonn und Mainz seien auch Karnevalshochburgen, die aber nicht diese Form von Tourismus bewerben. Da müsse die Stadtspitze, die Stadt insgesamt und das Stadtmarketing auch sagen, dass Köln nicht die Saufmetropole sei. Man müsse Karneval wieder als Brauchtumsveranstaltung erleben.

Herr Schmaul stellt klar, dass einzelne Zäune aufgemacht werden mussten, um Menschen abzuleiten. Dies musste kurzfristig aufgrund des enormen Andrangs entschieden werden. Er bestätigt, dass die Menschen in andere Quartiere wie das belgische Viertel ausgewichen sind.

Herr Hupke fragt, wie viele Menschen verletzt und in Krankenhäuser eingeliefert wurden. Auf eigene Nachfrage haben Jugendliche ihm berichtet, dass sie ins Quartier Latäng gekommen seien, weil es da laut sei und in Altenkirchen oder Porz langweilig. Die Stadt mit Rat, Stadtgesellschaft und Stadtspitze müsse in einer Kampagne mitteilen, dass man den Karneval in dieser Form nicht mehr wolle. Er habe noch nie erlebt, dass der Verkehr in der Innenstadt lahmgelegt worden sei, was bewirkt habe, dass sich auch der Rat mit der Problematik beschäftigt habe. Als Ergebnis der Aktuellen Stunde schlägt er als Beschluss vor die Oberbürgermeisterin zu bitten, den Runden Tisch für die Öffentlichkeit zu öffnen und die Fraktionsvorsitzenden der Bezirksvertretungen Innenstadt und Lindenthal neben den Bezirksbürgermeistern einzuladen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung bittet die Oberbürgermeisterin, dass zu den nächsten Runden Tischen Karneval neben den beiden Bezirksbürgermeistern die Fraktionsvorsitzenden der Bezirksvertretungen Innenstadt und Lindenthal eingeladen und die Sitzungen für Öffentlichkeit geöffnet werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

1.3 Aktuelle Stunde Autofreie Deutzer Freiheit, Antrag CDU

TOP 1.3 und 4.2 werden gemeinsam beraten. Das Wortprotokoll erfolgt unter TOP 1.3.

Herr Schmitz, CDU, macht deutlich, dass die Situation auf der Deutzer Freiheit katastrophal und die Existenz einiger Betriebe bedroht sei.

Herr Babiasz, Amt für nachhaltige Mobilitätsentwicklung, berichtet, dass die autofreie Deutzer Freiheit aufgrund eines Bürgerantrags initiiert wurde und mit dem Beschluss eines zwölfmonatigen Verkehrsversuchs gestartet sei. Nach einer jetzt erfolgten ersten Umfrage bei 2700 Personen hätten sich 2400 zurückgemeldet. Davon stimmen 60 % der Maßnahme zu. Allerdings seien auch die Befürworter mit der Ausführung nicht zufrieden und beklagen eine mangelnde Durchsetzung, zu viel Autoverkehr und einen nicht erlebbaren Raum. Er berichtet, dass die Stadterrassen bis Karneval wieder aufgebaut und mobile Schranken für den Lieferverkehr von 6 bis 11 Uhr geöffnet seien. Am 03.11.2022 habe ein Gespräch mit den Beteiligten stattgefunden, ein weiteres ist für den 12.12.2022 terminiert.

Herr Colmer, Amt für nachhaltige Mobilitätsentwicklung, stellt klar, dass die Pressemitteilung der Stadt Köln keine Reaktion auf die am gleichen Tag veröffentlichte Studie der IHK gewesen sei, sondern zu der Beschlussvorlage der Verwaltung.

Die vier Petenten der Bürgereingaben, TOP 4.2, stellen ihre Eingaben, die der Verwaltungsvorlage als Anlage beigefügt sind, vor. Sie berichten von der Spaltung der Gesellschaft auf der Deutzer Freiheit und den Existenzängsten der Gewerbetreibenden, nur die Gastronomie profitiere. Der Pilotversuch diskriminiere Alte und Behinderte, Radfahrer klingeln Fußgänger teils aggressiv weg. Als Maßnahmen werden die Herausnahme von Abschnitt 5, zusätzliche Kurzzeitparkplätze und eine Barriere durch Außengastronomie zwischen Fahrbahn und Gehweg sowie langfristig eine niveaugleiche Verkehrsfläche vorgeschlagen.

Herr Köhne, IHK, weist auf die Umfrage der IHK hin. Für 85 % der Unternehmen habe sich die Erreichbarkeit verschlechtert, 2/3 haben Umsatzrückgänge von bis zu 60 %, der Verkehrsversuch werde von 90 % der befragten als negativ für den Standort Deutz bewertet, vor diesem Hintergrund fordern 80 % einen Abbruch des Verkehrsversuchs. Ein Abbruch sei jedoch für viele keine finale Entscheidung, es soll eine Neufestlegung der Parameter für den Verkehrsversuch erfolgen. Die Unternehmen hätten auch schon

mit 2 Jahren Pandemie, Inflation und Energiepreiskrise zu kämpfen. 3/4 der Unternehmen seien inhaftig.

Eine Vertreterin der Bürgervereinigung Deutz, berichtet von dem Stimmungswandel der letzten Wochen, der Stadtteil drohe zu zerbrechen. Die Erfahrungen der letzten Monate müssten in ein Konzept münden und die Infrastruktur dürfe nicht leichtfertig zerstört werden.

Ein Vertreter von Deutz familienfreundlich spricht sich für einen gemäßigten Radverkehr und eine Erhöhung der Aufenthaltsqualität aus. Schneller Radverkehr soll nicht über die Deutzer Freiheit geführt werden. Er appelliert an einen fairen und wohlwollenden Austausch und einen konstruktiven Dialog für das ganze Viertel.

Eine Vertreterin der Bürgerinitiative (Deutzer) Autofreiheit hat das Gefühl eines rechtsfreien Raums. Sie spricht sich für eine wirklich autofreie Zone frei von Fahrradrasern aus. Sie begrüßt die Fachgespräche mit allen Beteiligten und den damit verbundenen Dialog.

Frau Cazier, Grüne, erklärt, dass es fast allen nicht um den Abbruch des Verkehrsversuchs gehe, sondern um Nachbesserungen. Der Dialog in den Fachgesprächen sei für alle wichtig. Der Verkehrsversuch müsse die Chance haben sich zu bewähren und ausgewertet zu werden. Angstszenerien von einer fehlenden Nahversorgung seien nicht hilfreich. Die CDU sei bisher weder an einem Dialog, noch an einem Kompromiss, geschweige an einem Konsens interessiert gewesen. Sie baue Angstszenerien auf, was wesentlich zu den verhärteten Fronten beigetragen habe. Man frage sich, ob dies zur Attraktivität der Deutzer Freiheit beitrage. Die Verkehrswende sei vom Wähler gewollt, für deren Gelingen brauche man mehr Platz für Fuß- und Radverkehr, also auch autofreie Zonen. Dieser Verkehrsversuch sei eine Chance für eine zukunftsgerichtete Entwicklung in Deutz. Eine Rückkehr könne keine Lösung sein. Man müsse zurück zu einem sachlichen, respektvollen und konstruktivem Miteinander und das Gelingen des Verkehrsversuchs müsse das Ziel aller sein.

Herr Cremer, SPD, bedankt sich bei allen Anwesenden für den Dialog. Er spricht sich für eine Fortsetzung des Verkehrsversuchs und eine fachliche Evaluation aus. Die Sorgen der Geschäftsleute bedrücken die Fraktion sehr. Auch wenn sich die Bezirksvertretung einig über die Mobilitätswende sei, müsse man vielleicht konstatieren, dass manche Straße von der Topographie für ein einfaches Zumachen eventuell nicht sinnvoll sei. Schnelle Radfahrer sehen die Straße nicht als Fußgängerzone, daher könne eine Umgestaltung so nicht dauerhaft funktionieren. Er fragt, ob Abschnitt 5 herausgenommen werden könne.

Herr Babiasz führt aus, dass in Abschnitt 5 baulich 9-11 PKW-Parkstände vorhanden wären, wovon 2-3 durch Außengastronomie belegt seien und 6-8 früher Ladezone gewesen seien. Damit könne man mit der Herausnahme von Abschnitt 5 ca. 1-2 Kurzzeitparkstände schaffen, die das Problem der fehlenden PKW-Parkstände nicht signifikant beeinflussen würden. Er glaubt, dass der Verkehrsversuch nicht an Abschnitt 5 hänge und mit der Herausnahme aus dem Verkehrsversuch vielleicht das Signal gesendet werde, dass der Verkehrsversuch in diesem Abschnitt gescheitert sei. Dies solle auch in dem weiteren Fachgespräch mit allen Beteiligten am 12.12.2022 diskutiert werden.

Herr Schmitz, CDU, weist den Vorwurf, dass die CDU für die schlechte Stimmung und die Spaltung in Deutz verantwortlich sei, aufs Schärfste zurück. Die CDU habe immer mehr Bürgerbeteiligung und Ausnahmegenehmigungen für bestimmte Berufsgruppen gefordert. Nun fordere man mit Blick auf das Weihnachtsgeschäft den sofortigen Abbruch des Verkehrsversuchs, auch weil die Geschäfte, die einen Großteil der Lebensqualität in Deutz ausmachen, Umsatzverluste bis zu 60 % hätten. Der Verkehrsversuch sei in seiner jetzigen Form bereits gescheitert. Verkehrswende sei nicht, wenn die Parkplatzsuche zwei Stunden länger dauere. Auch die Deutsche Post habe bereits über notwendige Veränderungen nachgedacht und ziehe einen Standortwechsel in Betracht. Nach Abbruch des Verkehrsversuchs soll in gemeinsamen Gesprächen eine Lösung für die Deutzer Freiheit gesucht werden.

Frau Wienke, Die Linke, führt aus, dass Deutz der Parkplatz für die linksrheinische Innenstadt mit tausenden von Parkplätzen in unmittelbarer Nähe zur Deutzer Freiheit sei. Der Verkehrsversuch zur Autofreiheit funktioniere nur mit einer wirklich funktionierenden guten Barriere, eine Pollerreihe reiche nicht aus.

Herr Nüsser, FDP, fragt sich, wo die Unmengen an Parkplätzen in Deutz sind. Auch in der Bürgerversammlung sei immer wieder gesagt worden „so nicht“. Er stimmt Herrn Cremer in Bezug auf die Problematik der Topografie zu. Der Druck, der auf die Händler auch durch den Verkehrsversuch gewachsen sei, sei nicht tragbar. Er spricht sich für eine schöne autofreie Deutzer Freiheit aus, in Ruhe geplant und umgebaut. Jetzt sei der Druck auf die Handeltreibenden da, in sechs Monaten könnte es für den ein o-

der anderen bereits zu spät sein. Daher stimme er heute für den Abbruch des Verkehrsversuchs, um dann nochmal den Schritt mit einem kompletten Neuansatz zu gehen.

Herr Florakis, KlimaFreunde, spricht sich gegen einen Abbruch des Verkehrsversuchs und für ein schrittweises Nachjustieren und Messen der Ergebnisse aus, beispielsweise auch mit dem vorgeschlagenen Kompromiss. Dies könne im Fachgespräch am 12.12.2022 diskutiert werden. In England und Frankreich werde beispielsweise die Gastronomie auf die Straße verlagert, dadurch sei die Problematik mit zu schnell fahrenden Radfahrern auch gelöst.

Auf Nachfrage von Frau Flöge-Becker, bestätigt Herr Fischer, dass die Anlieferung der Tafel sichergestellt sei.

Herr Fischer, Grüne, empfindet die derzeitige Situation in Deutz als sehr belastend. Aus CDU-Kreisen würde permanent verbale Brandstiftung begangen und verbreitet, dass die Entscheidung illegitim und undemokratisch sei und eine kleine Minderheit über eine große Mehrheit entscheide. Damit schaffe man den Boden für die aufgeheizte, hasserfüllte Stimmung. Er glaubt, dass Umsatzeinbußen auch auf die Gesamtsituation mit Inflation und Energiekrise zurückzuführen seien. Es gebe eine Koinzidenz aber keine Kausalität. Weder Krieg, Inflation noch Energiekrise können beeinflusst werden, aber eventuell der Verkehrsversuch. Es gebe aber Untersuchungen die bestätigen, dass der Einzelhandel von solchen Projekten profitiere, aber der Handel müsse mit der Zeit gehen. Die Geschäfte sähen teilweise aus wie vor 50 Jahren. Es sei ein Verkehrsversuch und die Deutzer Freiheit sehe derzeit noch nicht aus wie eine Fußgängerzone.

Herr Schmitz, CDU, führt aus, dass man auch in dieser Zeit beispielsweise Apotheken und Ärzte brauche und die Umsatzrückgänge nicht auf die aktuelle Lage zurückzuführen seien, Filialunternehmen könnten dies bestätigen.

Herr Babiasz macht deutlich, dass bei einem Abbruch des Verkehrsversuchs nicht umgehend der frühere Zustand erreicht werden könne, da beispielsweise die gesamte Parkraumbeschilderung erneuert werden müsse und dies einige Zeit in Anspruch nehme.

Herr Colmer ergänzt, dass die Verwaltung aufgefordert worden sei, nicht Konzepte oder ausführliche Planungen vorzulegen, sondern mutig zu sein. Man habe sich bewusst für einen Verkehrsversuch entschieden, in dem man auch selber lernen wolle. Zukünftig müsse man für Veränderungen reaktionsfähiger sein, um diese schneller herbeizuführen.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, führt auf Nachfrage von Herrn Leitner, CDU, aus, dass sich am 12.12.2022 in dem Fachgespräch ausführlich über den Abschnitt 5 ausgetauscht werden soll. Sollte das Ergebnis sein, den Abschnitt 5 herauszunehmen, müsste das die Bezirksvertretung in einer Dringlichkeitsentscheidung entscheiden, damit diese noch vor der nächsten Sitzung am 26.01.2023 in die Umsetzung gehen könne. Heute müsse die Aktuelle Stunde gem. Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen abgeschlossen und über die Bürgereingabe TOP 4.2 entschieden werden.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, lässt über folgenden Abschluss der Aktuellen Stunde abstimmen: „Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt die Aktuelle Stunde mit einem Beschluss zur Bürgereingabe nach § 24 GO unter TOP 4.2 abzuschließen.“

Im Anschluss formuliert Herr Dr. Herrndorf, Grüne, den Änderungsantrag zu TOP 4.2 wie folgt: „Wir nehmen die zahlreichen, positiven und negativen, Rückmeldungen zur Deutzer Freiheit zur Kenntnis und begrüßen den konstruktiven, zielorientierten Austausch bei der Bürger*innenversammlung und beim ersten Fachgespräch.“

Wir beschließen, wie von der Verwaltung empfohlen, die Ergebnisse der Umfragen abzuwarten, die Fachgespräche wie geplant durchzuführen und hier in gemeinsamer Abstimmung ggf. Maßnahmen zur Nachsteuerung zu entwickeln und schnellstmöglich umzusetzen.

Beim Fachgespräch sollen insbesondere Maßnahmen diskutiert werden, die dazu dienen: die Regeln des Verkehrsversuchs (Durchfahrtsverbot MIV, Schrittgeschwindigkeit Radverkehr) verbindlich mit baulichen sowie verkehrsordnenden Maßnahmen durchzusetzen.

1. Die Aufenthaltsqualität zu steigern, insbesondere durch Maßnahmen in den Parkbuchten.

Im neuen Jahr wird ein Veedelsbeirat mit externer Moderation in öffentlicher Sitzung vom Bezirksbürgermeister einberufen, mit dem Ziel ein alle Beteiligten berücksichtigendes Verfahren zur Entwicklung bzw. Begleitung des Verkehrsversuchs Deutzer Freiheit sicherzustellen und ggf. der Bezirksvertretung Beschlüsse vorzuschlagen. Weitere Modalitäten sowie der Turnus sollen auf dem zweiten Fachgespräch geklärt werden.

Im Frühjahr soll, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, eine weitere, ausführliche Umfrage zum Verkehrsversuch durchgeführt und wie geplant im Juni 2023 über den weiteren Verbleib des Verkehrsversuchs entschieden werden.“

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt die Aktuelle Stunde mit einem Beschluss zur Bürgereingabe nach § 24 GO unter TOP 4.2 abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2 Benennung von Bezirksvertretern/innen als Stimmzähler/innen

3 Verwaltungsvorlagen

**3.1 Fortschreibung Einzelhandels- und Zentrenkonzept Köln (EHZK)
1538/2020/1**

Beschluss:

1. Der Rat nimmt die Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzept (Anlagen 6 und 7) sowie die Beschlussempfehlungen der BV 2 und BV 5 (Anlagen 4 und 5) zur Kenntnis.
2. Der Rat beschließt die Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Köln (EHZK) als städtebauliches Entwicklungskonzept nach § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB unter Berücksichtigung und Abwägung der Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Steuerung des Einzelhandels. Die Bausteine der Fortschreibung (Zentren- und Standortkonzept, Kölner Sortimentsliste sowie Steuerungs- und Ansiedlungsregeln) sind in Anlage 1 (Fortschreibung EHZK - wesentliche Kernaussagen) sowie der Anlagen 2, 2.1 und 2.2 (Zentrenübersicht) dargestellt. Zur Klarstellung der Regelungsinhalte des EHZK werden die Kapitel 5 und 6 der Langfassung gemäß Anlage 3.2 angepasst.
3. Der Rat erneuert seinen Beschluss vom 12.11.2015 (Vorlage 1986/2015), die konsequente Umsetzung des fortgeschriebenen EHZK auch weiterhin vom Konsultationskreis Einzelhandel Köln (KEK) als Beratungsgremium begleiten zu lassen.
4. Zur Erfassung der Auswirkungen der Corona-Pandemie und den dadurch bedingten städtebaulich-funktionalen Folgen beschließt der Rat eine regelmäßige Überprüfung des Einzelhandelsbesatzes im Kölner Stadtgebiet. Hierbei soll der Fokus insbesondere auf der Entwicklung der ausgewiesenen Geschäftszentren liegen. Neben einer Vollerhebung der Handelsbetriebe ist eine systematische Leerstandserhebung erforderlich.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.2 Anpassung Nutzungskonzept für die zentralen Innenstadtplätze für den Zeitraum 01.01. - 31.12.2023
3071/2022**

Herr Scheffer, Die Linke, kritisiert die Anhebung von 20 auf 25 Veranstaltungen auf dem Neumarkt und möchte der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Frau Dr. Börschel, SPD, sieht die Problematik nicht, da der Vorschlag zur Anhebung auf 25 Veranstaltungen von der IG-Neumarkt kam und somit konsensual geschaffen wurde. Sie fragt, inwieweit durch die zusätzlichen Veranstaltungen auf dem Neumarkt andere Plätze entlastet werden können?

Herr Leitner, CDU, weist darauf hin, dass auf dem Roncalliplatz laut Vorlage keine Sportveranstaltungen zugelassen werden können. In diesem Jahr habe dort ein Fußballturnier für seheingeschränkte Menschen stattgefunden, welches ein enormer Publikumsmagnet gewesen sei. Den Roncalliplatz immer nur halb liturgisch nutzen zu wollen und dann beispielsweise bei den Bläck Föös ein Megazentrum zu machen, halte er für falsch.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, macht daraufhin folgenden Vorschlag als Ergänzung zum Beschluss: Sportveranstaltungen (Nr. 5.1.2 der Anlage) auf dem Roncalliplatz können nach vorheriger Zustimmung der Bezirksvertretung gegebenenfalls zugelassen werden.

I. Beschluss Ergänzungsantrag:

Sportveranstaltungen (Nr. 5.1.2 der Anlage) auf dem Roncalliplatz können nach vorheriger Zustimmung der Bezirksvertretung gegebenenfalls zugelassen werden.

II. Beschluss so ergänzte Beschlussvorlage:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales beschließt die beigefügte, vorzeitige Änderung des „Vergabekonzeptes für Veranstaltungen auf zentralen Plätzen der Kölner Innenstadt“ für den Zeitraum 01.01. – 31.12.2023 (Anlage).

Sportveranstaltungen (Nr. 5.1.2 der Anlage) auf dem Roncalliplatz können nach vorheriger Zustimmung der Bezirksvertretung gegebenenfalls zugelassen werden.

Abstimmungsergebnis zu I:

Einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis zu II:

Einstimmig zugestimmt

3.3 MITTEILUNG - Planfeststellungsbeschlüsse für die Erneuerung der Bauwerke D und E der Eisenbahnüberführung Deutz-Mülheimer Straße

3.4 Baubeschluss für den Neubau von vier stationären Verschlusseinrichtungen für den Hochwasserschutz von Stadtbahnanlagen in der Kölner Innenstadt 0471/2022

Beschluss:

- 1) Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung von stationären Verschlusseinrichtungen an 4 Rampenbauwerken der unterirdischen Stadtbahn zum Schutz vor Grund- und Hochwasser inklusive der gestalteten Einhausungen der technischen Anlagen mit Gesamtkosten in Höhe von 26.590.000 €.
- 2) Der Rat beschließt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2023/2024 im Haushaltsjahr 2024 die Freigabe von Verpflichtungsermächtigungen i.H.v. 26.590.000 € zu Lasten der Haushaltsjahre 2025 bis 2027 (jeweils 8.500.000 € in 2025 und 2026 sowie 9.590.000 € in 2027) im Teilfinanzplan 1302 – Wasser u. Wasserbau, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen bei der Finanzstelle 6904-1302-0-2505 – Hochwasserschutz U-Bahn-Anlagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.5 Vergabe von bezirksorientierte Mittel und Mitteln zur Kulturförderung für den Stadtbezirk Innenstadt, 2022 Teil III b 3848/2022

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt, aus den ihr zu Verfügung stehenden bezirksorientierten Verfügungsmitteln 2022 nach § 36 Gemeindeordnung, den zweckgebundenen Verwaltungsmitteln zur Kulturförderung und für Bürgervereine gemeinnützige Projekte in der Innenstadt zu fördern:

Antragsteller	Kennzahl	Projekt	Datum	beantragt	bewilligt
Archäologische Gesellschaft Köln e.V.	5 b	Bergung eines Bauteils der Hohenzollern-	Antrag 56/22 vom 30.06.2022	2.829,82 €	2.829,82 €

		brücke			
--	--	--------	--	--	--

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.6 Fortschreibung des 2. Maßnahmenpakets für Schulbauprojekte - Neubau / Erweiterung / Generalsanierung von Schulgebäuden durch Total- oder Generalunternehmer der Beschlussvorlage 1474/2020 1356/2022

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln nimmt die ermittelten und erforderlichen Änderungen gegenüber dem vom Rat der Stadt Köln am 18. Juni 2020 beschlossenen 2. Maßnahmenpaket für Schulbauprojekte Neubau/Erweiterung/Generalsanierung von Schulgebäuden durch Total- oder Generalunternehmer (GU/TU Schulbaumaßnahmenpaket II) zur Kenntnis.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung – analog der am 18. Juni 2020 beschlossenen Vorlage – mit der Umsetzung dieses GU/TU Schulbaumaßnahmenpakets in der aktualisierten Fassung.
3. Der bisher prognostizierte Kostenorientierungswert für die Realisierung der Maßnahmen liegt weiterhin bei rund 1,6 bis 1,7 Mrd. Euro. Zum jetzigen Zeitpunkt können noch keine belastbaren Kosten genannt werden.

Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplans der Gebäudewirtschaft, die Refinanzierung über Mieten aus dem Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben nach Inbetriebnahme der Objekte auf Grundlage des dann gültigen Spartenverrechnungspreises.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung Die Linke.

3.7 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 68439/03; Arbeitstitel: Deutzer Hafen – Teilplan Infrastruktur und Planungsbeschluss über die für die innere und äußere Erschließung notwendigen verkehrlichen Maßnahmen 3195/2022

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, regt auf Hinweis des Fachamtes an, den Änderungsantrag als Prüfauftrag zu beschließen, da die Fahrtrichtung nicht Gegenstand des Bebauungsplanes sei. Er weist ebenfalls darauf hin, dass auf der Quartiersstraße eine Buslinie in beiden Richtungen geplant sei und durch den so entstehenden Querschnitt die Gefahr hoher Geschwindigkeiten bei einer Einbahnstraße größer sei als bei einer Straße im Zweirichtungsverkehr.

Herr Fischer, Grüne, greift den Hinweis der Verwaltung, auf und bittet den Änderungsantrag (TOP 3.7.1 AN/2257/2022) in einen Prüfauftrag zu ändern.

Her Schmitz, CDU, bedauert, dass der Beratungsbedarf der CDU nicht anerkannt wird und wird daher weder für den Änderungsantrag noch für die Verwaltungsvorlage stimmen.

Ergänzter Beschluss:

Der Rat

1. beschließt über die zum Bebauungsplan-Entwurf für das Gebiet zwischen der Drehbrücke im Norden, der Siegburger Straße im Osten, der auf die Südbrücke führende Güterbahntrasse im Süden und der Alfred-Schütte-Allee im Westen in Köln-Deutz —Arbeitstitel: Deutzer Hafen – Teilplan Infrastruktur - abgegebenen Stellungnahmen gemäß der Anlagen 2.2, 3, 4 und 5;
2. beschließt den Bebauungsplan Nr. 68439/03 in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

3. nimmt die Ergebnisse des Verkehrsgutachtens (Anlage 10) Deutzer Hafen inkl. Mobilitätskonzept (Anlage 11) zustimmend zur Kenntnis und beschließt die dort definierten Maßnahmen zu Planfall 2 plus 8 (Anlage 9) als notwendige Infrastrukturmaßnahmen und als Bestandteil der Erschließung für den B-Plan-Infrastruktur im Umfeld des Deutzer Hafens.
4. beauftragt die Verwaltung mit der Planung folgender Maßnahmen aus Planfall 8 für das überordnete Netz:
 - Änderung der Spuraufteilung im Hasental und
 - Überplanung des Östlichen Zubringers.Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt, mit dem Landesbetrieb Straßen NRW die für den Östlichen Zubringer notwendige Verwaltungsvereinbarung zu vereinbaren.
5. beauftragt die Verwaltung mit der Planung zur Reduzierung des Durchgangsverkehrs auf der Siegburger Straße im Bereich Poll zwischen Am Schnellert und Auf dem Sandberg im Sinne von Planfall 2 des Verkehrsgutachtens (Anlage 10).

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob im weiteren Verlauf des Verfahrens die Quartiersstraße sowie den Poller Kirchweg im Plangebiet als Einbahnstraßen geplant werden können.

Die Kombinationen der verschiedenen Richtungen sollen dabei als Varianten geprüft werden.

Als eine Zusatzvariante soll auch eine Aus- / Einleitung des Verkehrs über die Stichstraße ggü. Siegburger Straße 235 sowie eine autofreie Zone / Fahrradstraße zwischen der Stichstraße und der Siegburger Straße geplant werden. Der Bereich der zu prüfenden autofreien Zone / Fahrradstraße soll frei von Tiefgaragenausfahrten gehalten werden.

Die Ausweisung sind im Rahmen der im Bebauungsplan festgelegten Verkehrsflächen möglich.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP.

3.7.1 Einbahnstraßen im Quartier - ÄÄ zu 'Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 68439/03', Änderungsantrag Grüne zu 3195/2022 AN/2257/2022

Geänderter Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob im weiteren Verlauf des Verfahrens die Quartiersstraße sowie den Poller Kirchweg im Plangebiet als Einbahnstraßen geplant werden können.

Die Kombinationen der verschiedenen Richtungen sollen dabei als Varianten geprüft werden.

Als eine Zusatzvariante soll auch eine Aus- / Einleitung des Verkehrs über die Stichstraße ggü. Siegburger Straße 235 sowie eine autofreie Zone / Fahrradstraße zwischen der Stichstraße und der Siegburger Straße geplant werden. Der Bereich der zu prüfenden autofreien Zone / Fahrradstraße soll frei von Tiefgaragenausfahrten gehalten werden.

Die Ausweisung sind im Rahmen der im Bebauungsplan festgelegten Verkehrsflächen möglich.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen von Grüne, SPD, Die Linke, FDP, Die Partei und KlimaFreunde gegen die Stimmen der CDU **zugestimmt**.

3.8 Sanierung des NIKE Court, des Asphalttennisplatzes im Inneren Grüngürtel sowie des Asphaltplatzes an der Alfred-Schütte-Allee 2890/2022

Herr Scheffer, Die Linke, weist auf die Initiative der Bezirksvertretung Innenstadt mit Beschluss zu dem Antrag AN/2293/2021 hin. Die Beschlussvorlage enthalte viele Punkte dieses Antrags. Er bittet die Bezirksvertretung im Laufe des Prozesses über die Entwicklung zu den sehr hohen Gesamtkosten zu informieren.

Ratsmitglied Herr Weber, CDU, spricht sich für die Sanierung der Plätze im Inneren Grüngürtel sowie in Poll aus, gibt allerdings zu bedenken, dass die Zeit dränge, weil die Fördermittel ablaufen. Daher bittet er zu berücksichtigen, dass sich die Einbindung der Community und die Würdigung des Luftlandeplatzes nicht fördermittelschädlich auswirken.

Ergänzter Beschluss:

Der Sportausschuss beauftragt die Verwaltung vorbehaltlich der Beschlussfassungen der Bezirksvertretungen Innenstadt und Porz sowie des Ausschusses Umwelt, Klima und Grün auf der Grundlage der vorgelegten Kostenberechnung mit der Durchführung der Sanierung der Asphaltflächen NIKE Court und Tennisplatz / Innerer Grüngürtel und der SPA Alfred-Schütte-Allee, vorbehaltlich der tatsächlichen Förderung durch die Staatskanzlei Düsseldorf.

Die Sanierung umfasst die Belagssanierung der bestehenden Asphaltbeläge sowie die Erneuerung der maroden Ausstattungsgegenstände auf beiden Anlagen.

Die voraussichtlichen Gesamtkosten der beiden Baumaßnahmen belaufen sich gemäß der Kostenberechnung auf 763.171,41- €.

Für die Baumaßnahmen wurde ein Förderantrag für das Förderprogramm „Moderne Sportstätte 2022 – Projektauftrag II“ bei der Staatskanzlei Düsseldorf gestellt. Der Vorantrag wurde bereits positiv beschieden und eine Förderzusage ist nahezu sicher. Der Anteil der Landesförderung beträgt 500.000 €. Somit erfolgt die Finanzierung der Maßnahmen in Höhe von 763.171,41 € durch die Zuwendung in Höhe von 500.000 € sowie durch den Eigenanteil der Stadt Köln in Höhe von 263.171,41 €. Der Eigenanteil steht im Haushaltsplan 2023/2024 in Teilplan 0801-Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Teilplanzeile 13-Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Haushaltsjahr 2023, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2023/2024, zur Verfügung.

Die Beschlussvorlage 2890/2022 wird wie folgt ergänzt:

1. Vor Beginn der Sanierung wird – sofern es nicht das Vorhaben verzögert und die Förderfähigkeit gefährdet - mit der vor Ort spielenden Basketball-Community das Gespräch gesucht und deren Anregungen und Wünsche im Sanierungsprozess berücksichtigt.

2. Im Rahmen der Sanierungsarbeiten wird auch die luftfahrthistorische Bedeutung des ehemaligen international-transatlantischen Hubschrauberflughafens angemessen gewürdigt. Beispielsweise in Form einer Informationstafel.

3.8.1 Änderungsantrag zu Beschlussvorlage 2890/2022, Die Partei AN/2239/2022

Ergänzter Beschluss:

Die Beschlussvorlage 2890/2022 wird wie folgt ergänzt:

1. Vor Beginn der Sanierung wird – sofern es nicht das Vorhaben verzögert und die Förderfähigkeit gefährdet - mit der vor Ort spielenden Basketball-Community das Gespräch gesucht und deren Anregungen und Wünsche im Sanierungsprozess berücksichtigt.

2. Im Rahmen der Sanierungsarbeiten wird auch die luftfahrthistorische Bedeutung des ehemaligen international-transatlantischen Hubschrauberflughafens angemessen gewürdigt. Beispielsweise in Form einer Informationstafel.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Fahrradrampe Severinsbrücke (Az.: 02-1600-122-22) 2638/2022

4.2 Bürgereingabe nach § 24 GO - Verkehrsversuch Deutzer Freiheit (Az. 186/22) 3919/2022

Ersetzter Beschluss:

Wir nehmen die zahlreichen, positiven und negativen, Rückmeldungen zur Deutzer Freiheit zur Kenntnis und begrüßen den konstruktiven, zielorientierten Austausch bei der Bürger*innenversammlung und beim ersten Fachgespräch.

Wir beschließen, wie von der Verwaltung empfohlen, die Ergebnisse der Umfragen abzuwarten, die Fachgespräche wie geplant durchzuführen und hier in gemeinsamer Abstimmung ggf. Maßnahmen zur Nachsteuerung zu entwickeln und schnellstmöglich umzusetzen.

Beim Fachgespräch sollen insbesondere Maßnahmen diskutiert werden, die dazu dienen:

2. die Regeln des Verkehrsversuchs (Durchfahrtsverbot MIV, Schrittgeschwindigkeit Radverkehr) verbindlich mit baulichen sowie verkehrsordnenden Maßnahmen durchzusetzen.
3. Die Aufenthaltsqualität zu steigern, insbesondere durch Maßnahmen in den Parkbuchten.

Im neuen Jahr wird ein Veedelsbeirat mit externer Moderation in öffentlicher Sitzung vom Bezirksbürgermeister einberufen, mit dem Ziel ein alle Beteiligten berücksichtigendes Verfahren zur Entwicklung bzw. Begleitung des Verkehrsversuchs Deutzer Freiheit sicherzustellen und ggf. der Bezirksvertretung Beschlüsse vorzuschlagen. Weitere Modalitäten sowie der Turnus sollen auf dem zweiten Fachgespräch geklärt werden.

Im Frühjahr soll, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, eine weitere, ausführliche Umfrage zum Verkehrsversuch durchgeführt und wie geplant im Juni 2023 über den weiteren Verbleib des Verkehrsversuchs entschieden werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen von Grünen, SPD, Die Linke, Die Partei und KlimaFreunde gegen die Stimmen von CDU und FDP **zugestimmt**.

5 Anträge der Fraktionen und Einzelmandatsträger gemäß § 37 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Entscheidungs- und Anhörungsrechte)

5.1 Anträge aus früheren Sitzungen

5.1.1 Mehr umsteigefreie Busverbindungen zum Hauptbahnhof, Antrag FDP AN/1068/2022

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt vertagt den Beschluss bis zur Durchführung des bereits beschlossenen Ortstermins.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2 Anträge zu dieser Sitzung

5.2.1 Genehmigung des Dringlichkeitsantrags: Kulturgut für Köln erhalten – die vier historischen Rathausteppiche retten!, gem. Dringlichkeitsantrag Grüne, CDU, SPD, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei AN/2079/2022

Herr Leitner, CDU, bedankt sich für die Mitwirkung der Bezirksvertretung zu diesem Dringlichkeitsantrag. Er bittet bei dem aus dem KUK verwiesenen Antrag den letzten Satz dahingehend zu ändern, dass es

nun um eine Rückübereignung in das Eigentum der Stadt Köln gehe, da die Versteigerung stattgefunden habe.

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Innenstadt der Stadt Köln begreift die vier vorgenannten historischen Teppiche als materielles und immaterielles Kulturgut, Bestandteile und notwendiges, unveräußerliches Zubehör des Denkmals Historisches Rathaus der Stadt Köln, stellt dies ausdrücklich und damit die Denkmaleigenschaft dieser Teppiche fest.
2. Die Bezirksvertretung Innenstadt der Stadt Köln stimmt einer Veräußerung der vier Historischen Teppiche des Historisches Rathauses nicht zu. Sie haben im Eigentum der Stadt Köln zu verbleiben

Dementsprechend bittet die Bezirksvertretung Innenstadt die Verwaltung, von jeder Veräußerung abzu-
sehen, die Versteigerungsaufträge unverzüglich ersatzlos zurück zu nehmen und die vier Teppiche in
den städtischen Besitz zurückzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.2.1.1 Kulturgut für Köln erhalten – die vier historischen Rathausteppiche ret-ten!, Antrag SPD-
für den KUK
AN/2105/2022**

Geänderter Beschluss:

1. Der Ausschuss Kunst und Kultur der Stadt Köln begreift die vier vorgenannten historischen Teppiche als materielles und immaterielles Kulturgut, Bestandteile und notwendiges, unveräußerliches Zubehör des Denkmals Historisches Rathaus der Stadt Köln, stellt dies ausdrücklich und damit die Denkmaleigenschaft dieser Teppiche fest.

2. Die Ausschuss Kunst und Kultur der Stadt Köln stimmt einer ~~Veräußerung~~ **Rückübereignung** der vier Historischen Teppiche des Historischen Rathauses nicht zu. **Sie haben wieder in das Eigentum der Stadt Köln zu kommen.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung von zwei Stimmen der Grünen (Herr Fischer und Herr Vinçon) und der FDP.

**5.2.2 Schutz von Geh- und Radweg Aachener Straße / Ecke Moltkestraße, Antrag Grüne
AN/2062/2022**

Beschluss:

Der Gehweg an der Aachener Straße, Hausnummer 68-72, soll mit Sperrpfosten gegen Falschparken geschützt werden. Entsprechend soll der Radweg in dem Bereich durch eine Protection (Frankfurter Hüte) geschützt werden.

Zudem bitten wir, die neu eingerichteten Ladezonen im Bereich Aachener Straße konsequenter zu kontrollieren sowie das Falschparken insb. von LKW auf dem Radstreifen zu ahnden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.2.3 Toilettenanlage im Klingelpützpark, Antrag SPD
AN/2057/2022**

Frau Wienke, Die Linke, schlägt als Ergänzung des Antrags vor, dass eine hochwertige Toilette (wie z. B. am Brüsseler Platz) errichtet werden soll.

In diesem Zusammenhang bittet Herr Fischer, Grüne, zur beschlossenen Toilette Siegburger Straße um Sachstandsmitteilung.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, weist darauf hin, dass in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung die Fachverwaltung das Toilettenkonzept vorstellen wird.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, empfiehlt der SPD-Fraktion in den Antrag auch eine Interimslösung aufzunehmen.

Frau Dr. Börschel, SPD, nimmt gerne die Vorschläge auf. Die Toiletten der Freizeiteinrichtung Klingelpütz werden derzeit oft als öffentliche Toiletten genutzt, was auch zu Konflikten führe. Ebenso sei dies ein Wunsch der OGTS der Bildungslandschaft Altstadt Nord.

Ergänzter Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, **zeitnah** eine öffentliche Toilettenanlage im Klingelpützpark aufzustellen und für deren regelmäßige Reinigung zu sorgen. Ein geeigneter Aufstellungsort soll in Absprache mit den um den Park bestehenden Einrichtungen (BAN) gefunden werden. **Bis zur Aufstellung einer hochwertigen Toilette ist eine Interimslösung (z. B. umzäunte Dixi Toilette) gewünscht.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.4 Größere Mülleimer an intensiv genutzten Orten, insb. Uniwiese, Deutzer Werft, Römerpark, Antrag Grüne AN/2068/2022

Herr Leitner, CDU, fragt, ob es im Gestaltungshandbuch Vorgaben zur Größe von Mülleimern gebe.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung möge für intensiv genutzte Bereiche in öffentlichen Grünanlagen und auf öffentlichen Plätzen in Zukunft größere Müllbehälter installieren, um die Vermüllung öffentlicher Orte durch Überfüllung der bestehenden Gefäße zu vermindern. Dies gilt insbesondere für den Grüngürtel im Bereich der Uniwiese / Mensa, Deutzer Werft sowie den Römerpark.

In besonders belasteten Bereichen sollen geprüft werden, ob unterirdische Müllbehälter (wie Aachener Weiher) installiert werden können.

Gleichzeitig ist in den entsprechenden Bereich im Sinne einer "Zero Waste City" auf Optionen zur Müllvermeidung und -reduzierung hinzuweisen.

Im Rahmen absehbar höherer Müllbelastung aufgrund von Veranstaltungen oder Menschenansammlungen sind umfangreich zusätzliche Müllbehälter bereitzustellen, eine zeitnahe Säuberung sowie den Schutz von Grünflächen vor dauerhafter Verunreinigung (Splitter) sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.5 Neues Konzept für den öffentlichen Raum und eine resiliente Stadt in der Altstadt Nord, gem. Antrag Grüne, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei AN/2063/2022

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt vertagt den Antrag.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.6 Anpassung Beschilderung und Ladezonen Apostelstraße / Gertrudenstraße, gem. Antrag, Grüne, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei AN/2071/2022

Herr Leitner, CDU, unterstützt die kleine Lösung, möchte aber auch ein großes Verkehrskonzept für den gesamten Bereich.

Beschluss:

Wir bitten die Bezirksvertretung, für den Bereich der Apostelnstraße sowie der Gertrudenstraße die folgenden Maßnahmen zu beschließen:

1. Überprüfung der Ausschilderung im Kreuzungsbereich Apostelnstraße / Gertrudenstraße. Hierbei soll festgestellt werden, ob die Wegnahme der Durchfahrt in Richtung Norden / St. Aperi-Straße gesondert gekennzeichnet werden kann oder ob mittlerweile ein ausreichender Gewöhnungseffekt eingetreten ist.
2. Markierung einer Sperrzone an der Einfahrt in die Große Brinkgasse im Bereich zwischen Apostelnstraße sowie den Fahrradständern zur Verdeutlichung des durch die Nähe zur Ecke bestehenden Parkverbots.
3. Fortführung bzw. Einrichtung eines baulichen Bürgersteigs auf der Südseite der Großen Brinkgasse gegenüber den Hausnummer 2 bis 12.
4. Bestückung der in Fahrtrichtung angelegten Poller mit Klebreflektoren sowie die Verdeutlichung des Abbiegers von der Apostelnstraße auf den Millowitsch-Platz durch eine Bodenmarkierung in Fahrtrichtung.
5. Entzerrung Beschilderung Einmündung zum Millowitsch-Platz (Ersatz des ersten Fahrbahnpollers durch Verkehrsschild Fußgängerzone, Entfernung des Kfz-Einfahrt-Verboten-Schildes, da Doppelschilderung).
6. Verbesserung Kennzeichnung Ladezonen durch Bodenmarkierungen ("LADEN") sowie Intensivierung der Kontrolle.
7. Bodenmarkierung Sperrzone in der Halteverbotszone Einfahrt in Gertrudenstr. vom Millowitsch-Platz (vor Kabarettbetrieb)
8. Verbesserung Markierung Ladezone in der Gertrudenstraße durch Bodenmarkierung ("LADEN")
9. Verdeutlichung Einbahnstr. Gertrudenstr. von Wolfstr. aus durch Fahrbahnmarkierung (Zeichen 296, durchgezogene Linie mit gestrichelter Linie).
10. Verzicht auf Parkzonen in der Gertrudenstraße gegenüber den Hausnummer 1 bis 11 und Verbreiterung des Bürgersteigs auf der Westseite der Gertrudenstraße.

Des Weiteren bitten wir sie, die Schilder im Bereich Millowitschplatz auf Beschädigungen / Verbiegungen zu prüfen und ggf. zu ersetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.7 Aufstellung einer Sozialen Erhaltungssatzung gemäß für das Gebiet Griechenmarktviertel, gem. Antrag Grüne, CDU, SPD, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei AN/2089/2022

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt beauftragt die Verwaltung mit der Aufstellung einer Sozialen Erhaltungssatzung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) für das Gebiet Griechenmarktviertel. Eine entsprechende Vorlage ist den entsprechenden politischen Gremien bis spätestens zum 4. Quartal 2023 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP.

5.2.8 Ertüchtigung der Brückengeländer zweier Fuß- und Radbrücken (Alarichstraße, Wissener Weg) sowie die Modernisierung der Fahrradschienen an den Treppenwerken der Südbrücke, Antrag Grüne AN/2078/2022

Beschluss:

1. Das Brückengeländer der Fuß- und Radbrücke zwischen der Alarichstraße und dem Gelände der TH-Deutz wird durch einen angeflanschten Handlauf von 1,0 Meter auf 1,30 Meter ertüchtigt und kann damit wieder für den Radverkehr freigegeben werden.
2. Das Brückengeländer der Brücke im Verlauf des Wissener Wegs wird durch einen angeflanschten Handlauf von 1,0 Meter auf 1,30 Meter ertüchtigt und kann damit für den Radverkehr freigegeben werden.
3. Die Fahrradschienen der Treppenwerke der Südbrücke werden so ertüchtigt, dass Radfahrende ohne große Kraftanstrengung ihrer Räder hoch und auch wieder hinunter bekommen. Hierfür soll das bestehende Schienensystem durch ein neues ersetzt werden, dass
 1. die Schienen, die hinunterführen, sollen das Fahrrad je nach Gewicht mehr oder weniger stark abbremsen, so dass Radfahrende beim Abstieg ihr eigenes Tempo bestimmen können. Dieser Effekt wird durch sogenannte Bürstenleisten erreicht.
 2. die Schienen, die hochführen, weisen eine Art Förderband auf, das elektrisch angetrieben wird und damit die Radfahrenden komfortabel beim Fahrradtransport unterstützt.
 3. Die Fahrradschienen sollen so verbaut werden, dass jeweils eine Seite der Brücke für nur eine Fahrtrichtung ausgelegt wird, um so den Radverkehr zu entflechten und damit für Fußgänger:innen voraussehbarer zu gestalten. Der jeweilige Richtungsverlauf ist zu Beschildern.
 4. Eine regelmäßige und in kurzfristigen Intervallen zu versehene Wartung sowie eine Instandsetzungen mit schnellen Reaktionszeiten ist sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.9 Wiedereinführung der Bezirksbeigeordneten, gem. Antrag FDP, SPD und Die Linke AN/2092/2022

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, führt aus, dass Köln die mit weitem Abstand größte Stadt sei mit dem einfachen Status einer Kommune. Derzeit werde öffentlich diskutiert, dass vieles in Köln nicht klappe. Dies liege nach seiner Überzeugung zu einem Teil auch daran, dass das strukturelle Gefüge nicht mehr passe. Jeder der neun Bezirke - mit Ausnahme von Chorweiler - habe über 100.000 Einwohner, das heißt jeder Kölner Bezirk für sich, sei eine Großstadt mit über 100.000 Einwohnern. Die Stärke Kölns liege in den Veedeln und Bezirken, doch diese Kraftquelle werde bisher für die Zukunftsfähigkeit von Köln überhaupt nicht genutzt. Alles in Köln sei von stadtweiter Bedeutung und müsse durch den Rat oder die Ausschüsse entschieden werden. Dabei habe man mit den neun Bezirksvertretungen, die Gremien, die die neun Bezirke managen könnten. Ganz Vieles um das sich der Rat kümmere, könnte in den Bezirksvertretungen und ganz vieles um das sich die Bezirksvertretungen kümmern, könnte von einem Veedelsbeirat oder einer Verwaltungsdienststelle erledigt werden. Dann könnte sich der Rat um die großen strategischen Weichenstellungen kümmern, was er derzeit aufgrund der vielen Kleinarbeit nicht mehr könne. Das Anliegen des Antrags, wenn es denn wirklich das Anliegen sei, sei aus seiner Sicht ein ganz drängendes berechtigtes Zukunftsthema, aber dies werde auf keinen Fall oder gefördert, durch die Einführung von Bezirksbeigeordneten. Er stellt die Frage, ob jemand ernsthaft glaube, dass, wenn ein Dezernent fünf bis sechs Stunden in einer Bezirksvertretungssitzung sitze, irgendetwas besser würde. Dies sei aus seiner Sicht eine irrationale Idee, hinter der der Gedanke stecke, dass die Rettung von Oben käme, weil der Beigeordnete ganz nah an der Oberbürgermeisterin sei. Dahinter stecke der zentralistische Geist, der uns dahin gebracht habe, wo wir heute sind. Aus diesem Grunde brauche man mehr Dezentralisierung statt Zentralisierung. Daher bittet er den Antrag abzulehnen.

Herr Fischer, Grüne, dankt für den Vortrag der Verwaltung, den man uneingeschränkt teile. Er fügt hinzu, dass es in den Stadtbezirken sehr engagierte Bürgeramtsleiterinnen und -leiter gebe, die dieses Gremium in hervorragender Art und Weise in der Verwaltung und nach außen vertreten. Es sei eine völlig irrationale Schwächung der Bürgeramtsleitungen, wenn man sich Beigeordnete an den Tisch setze. Daher lehne die Grüne Fraktion den Antrag ab.

Herr Leitner, CDU, lehnt den Antrag auch ab.

Herr Cremer, SPD, erklärt, dass weder die Arbeit des Bürgeramtsleiters noch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angegriffen werden. Er sehe dies nicht als Schwächung der Bezirke. Interessant sei, dass Frau Reker versprochen habe eine große Verwaltungsreform zu machen und die Verwaltung komplett neu aufzustellen und bisher nichts passiert sei. Die Bezirksvertretung Innenstadt habe großes Glück mit einem engagierten Bürgeramtsleiter und seinem Team, dies sei ein persönlicher Einsatz und nichts Strukturelles. Daher spricht er sich für die Bezirksbeigeordneten aus und damit einer stärkeren Berücksichtigung der Bezirke im Stadtvorstand.

Frau Wienke, Die Linke, enthält sich aufgrund des überzeugenden Verwaltungsvortrags. Sie regt an, Möglichkeiten zu suchen, Entscheidungen schneller herbeizuführen und in das Gespräch mit den Beigeordneten zu kommen.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, sieht den Antrag als Schwächung der Bezirke und hat die Befürchtung, dass man dann auf die Idee kommt, die Bürgeramtsleitungen einzusparen. Ein Mitglied der FDP-Ratsfraktion habe gesagt, dass alles was die Bezirke nicht stärkt, die kleineren Fraktionen im Rat stärke. Er ruft in Erinnerung, dass in der Bezirksvertretung die SPD-Fraktion gegen fast alle Beschlüsse zur Stärkung der Bezirke gestimmt habe und die FDP-Ratsfraktion der größte Gegner zur Stärkung der Bezirke sei.

Herr Nüsser, FDP, stimmt den Ausführungen der SPD zu. Die Arbeitsweise funktioniere grundsätzlich nicht für eine Millionenstadt, aber es käme seit Jahren nichts aus dem Stadtvorstand etwas daran zu ändern. Darum müsse man irgendwann auf andere Methoden zurückgreifen und nun solle mit den Bezirksbeigeordneten in der Sitzung die Entscheidung schneller getroffen werden.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt bittet die Oberbürgermeisterin und den Stadtvorstand, das Modell der Bezirksbeigeordneten wieder einzuführen. Dafür sollen die neun Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten auf der Ebene der Fachdezernate jeweils einen Stadtbezirk bzw. eine Bezirksvertretung zur Betreuung und Schnittstelle zwischen Bezirksebene und Stadtspitze übernehmen. Die Oberbürgermeisterin soll dabei nach Möglichkeit sicherstellen, dass die Beigeordneten mit allen Kompetenzen ausgestattet sind, die für einen effizienten und effektiven Sitzungsverlauf notwendig sind, so dass beispielsweise auch Vorlagen der Verwaltung im Laufe der Sitzung ggf. verändert oder zurückgezogen werden können.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen von Grüne, CDU, Die Partei und KlimaFreunde gegen die Stimmen von SPD und FDP bei Enthaltung Die Linke **abgelehnt**.

5.2.10 Mehr Sichtbarkeit und alternative Querung der Baustelle Gleiswechselbauwerks am Waidmarkt, Verbesserung der Umleitung, Antrag Grüne AN/2088/2022

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt,

1. dass auf die Bauträgerin (KVB) der Baustelle des Gleiswechselbauwerks am Waidmarkt eingewirkt wird, damit diese den jetzigen Bauzaun verändert, um den bedrohlich und monolithisch wirkende Charakter dieser Absperrung aufzubrechen. Dabei sollen ausreichende Sichtmöglichkeiten auf die Baugrube, wie auch eine besondere farbliche Gestaltung zum Einsatz kommen. Eine Kooperation in der Umsetzungsplanung mit den umliegenden Schulen ist hierbei ausdrücklich erwünscht.
2. dass die Verwaltung mit der Bauträgerin prüft, inwieweit ein Behelfsbrückenwerk über oder entlang der Baustelle für den Rad- und Fußverkehr errichtet werden kann.
3. dass die aktuelle Fahrradumleitung Waidmarkt kurzfristig überarbeitet wird. Dabei sind die Einmündungen von der Georgstraße in Follerstraße und im Verlauf von der Follerstraße in die Löwengasse deutlich zu entschärfen und übersichtlich – insbesondere mit Blick auf die vielen Schüler:innen der beiden Schulen – zu gestalten. Die Radstreifen sind auf eine dem hohen Radverkehrsanteil angemessene Breite zu versehen. Das Beparken der Radstreifen – insbesondere in der Einmündung Löwengasse – ist wirksam zu unterbinden.
4. Außerdem wird die Verwaltung gebeten, jährlich vor Ort eine öffentliche Informationsveranstaltung zum Projektfortschritt zu organisieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Anfragen der Fraktionen und Einzelvertreter

6.1 Anfragen aus früheren Sitzungen

**6.1.1 Ruhestörung in der Rubensstraße, Anfrage SPD
AN/1831/2022**

**6.1.2 Sachstand Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Südstadt: Eburonenstraße / Mater-
nusstraße, Anfrage Grüne
AN/1836/2022**

**6.1.3 Bildungslandschaft Altstadt Nord - Renovierungsarbeiten, Anfrag CDU
AN/1821/2022**

**6.1.4 Historische Wasserpumpe auf dem Alter Markt, Anfrage CDU
AN/1822/2022**

**6.1.5 Anfrage zu Waffenverbotszonen, Anfrage FDP
AN/1849/2022**

**6.1.5.1 Anfrage zu Waffenverbotszonen
Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion in der BV 1(AN/1849/2022)
3887/2022**

Kenntnis genommen

6.2 Anfragen zu dieser Sitzung

**6.2.1 Regeln für Gehwegbreiten, gem. Anfrage Die Linke und KlimaFreund
AN/1967/2022**

**6.2.2 Erhaltungssatzung Neustadt Süd-West, Anfrage Die Linke
AN/1969/2022**

**6.2.2.1 Beantwortung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE „Erhaltungssatzung Neustadt Süd-
West“, AN/1969/2022
4113/2022**

Kenntnis genommen.

**6.2.3 Ersatzfreiheitsstrafen aufgrund des Fahrens ohne Fahrscheins, Anfrage Grüne
AN/2205/2022**

**6.2.4 Veräußerung historischer Gegenstände, Anfrage SPD im KUK
AN/2196/2022**

**6.2.4.1 Beantwortung der Anfrage AN/2196/2022
Veräußerung historischer Gegenstände
4077/2022**

Kenntnis genommen.

7 Mündliche Fragen an die Verwaltung

8 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

9 Mitteilungen der Verwaltung

**9.1 Stadtraumforschung im Domumfeld
2875/2022**

Kenntnis genommen

**9.2 Baulicher Zustand der Lehrschwimmbecken in Köln
2696/2022**

Kenntnis genommen

**9.3 Änderungen zum Fahrplanwechsel 2022 (Fahrplanjahr 2023)
2882/2022**

Kenntnis genommen

**9.4 Passierbare Umlaufsperrn
hier: Beschluss des Verkehrsausschusses in der Sitzung am 15.02.2022, TOP 1.1
3338/2022**

Kenntnis genommen

**9.5 KOMM-AN NRW – Landesprogramm zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements bei
der Integration von neueingewanderten Menschen in den Kommunen - Sachstandsbe-
richt 2022
3535/2022**

Kenntnis genommen

**9.6 Weitere Planung der Kinder- und Jugendpartizipation in Köln
3780/2022**

Kenntnis genommen

**9.7 Sachstandsbericht zum Interimsschulstandort Venloer Wall - zu AN/1176/2022, Dringlich-
keitsantrag, Venloer Wall, Die Linke
3493/2022**

Frau Wienke, Die Linke, weist auf den Beschluss von Oktober hin, und bittet diesen in das Verkehrsgutachten aufzunehmen.

Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, führt aus, dass der Beschluss ein Verkehrsgutachten und ein Monitorbericht zum Baumkataster vorzulegen am 02.06.2022 gefasst worden sei. Dem Grünflächenamt wurde auf Nachfragen zur Fällgenehmigung vom Bürgeramt immer gemeldet, dass der Beschluss zuerst umgesetzt werden soll und dann über das weitere Verfahren geredet werden könne. Dies habe dazu geführt, dass zu der heutigen Sitzung der Bericht kam. Daraufhin habe Herr Scheffer, Die Linke, eine Mail an alle geschrieben, dass man mit dem Bericht noch nicht zufrieden sei und einen Ortstermin beantragt.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, berichtet von dem Ortstermin. Die Architektin der Gebäudewirtschaft habe dargelegt, dass dort, wo die Hainbuchenhecke sei, ein Graben gezogen würde und vier Bäume zurückgeschnitten würden. Zwei weitere Bäume könnten optional fallen, dies hänge von den Baumaßnahmen ab. Vor einer Fällung werde die Bezirksvertretung beteiligt. Die zu erhaltenden Bäume sind zum Schutz vor den Baumaschinen einzukleiden. Es wurde zugesagt, dass doppelt so viele Bäume nachgepflanzt werden, wie gefällt werden. Es würden nur vier Lehrerparkplätze errichtet. Sofern die Mitteilung von der Bezirksvertretung in der heutigen Sitzung zur Kenntnis genommen werde, werde aufgrund des enormen Zeitdrucks mit den Fällungen am Montag begonnen.

Kenntnis genommen.

**9.8 Elternbefragung "von4nach5" 2022
3488/2022**

Kenntnis genommen

**9.9 Zweiter Sachstandsbericht zur Unterbringung und Betreuung von aus der Ukraine Geflüchteten
3795/2022**

Kenntnis genommen

**9.10 Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - Verkehrsführung Altenberger Straße, Az.: 80/22
3940/2022**

Kenntnis genommen

**9.11 Entfall der Busparkplätze zwischen Bastei und Zoobrücke
3676/2022**

Kenntnis genommen

**9.12 Weiteres Bevölkerungswachstum in Köln bis zum Jahr 2050
Bevölkerungsprognose für Köln 2022 bis 2050 – mit kleinräumigen Berechnungen bis 2035
3926/2022**

Kenntnis genommen

**9.13 MITTEILUNG - Planfeststellungsbeschlüsse für die Erneuerung der Bauwerke D und E der Eisenbahnüberführung Deutz-Mülheimer Straße
3572/2022**

Kenntnis genommen

**9.14 Rückblick zur Sessionseröffnung am 11.11.2022
4066/2022**

Kenntnis genommen

**9.15 Leitbild für die Handelslagen Hohe Str./Schildergasse und Umfeld in der Innenstadt
Hier: Abschlussbericht und Information über den Förderbescheid zum Projekt „City-
Netzwerkarbeit“
3921/2022**

Kenntnis genommen

**9.16 Einrichtung einer Einbahnstraße und Neuordnung des Parkens in der Eburonenstraße
4129/2022**

Kenntnis genommen